

Neufassung der Zeugnisverordnung
Stand 25.02.13

Geltende Fassung	Neufassung	Anmerkungen
<p>Verordnung für Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte und über die Abschlüsse an öffentlichen Schulen (Zeugnisordnung) vom 14. Juli 1997 (Brem.GBl. S. 247, 321 – 223-a-8), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15.Juni 2008 Aufgrund des § 38 Abs. 5 in Verbindung mit § 67 des Bremischen Schulgesetzes vom 20. Dezember 1994 (Brem.GBl. S. 327, 1995 S. 129 – 223-a-5), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. März 2004 geändert worden, wird verordnet:</p>	<p>Verordnung für Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte an öffentlichen Schulen (Zeugnisverordnung) vom (Brem.GBl. S.– 223-a-8), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15.Juni 2008 Aufgrund des § 38 Absatz 5 in Verbindung mit § 67 des Bremischen Schulgesetzes vom 28. Juni 2005 (Brem.GBl. S. 260,, S. 388, 398 – 223-a-5), das zuletzt durch Nr. 2.1 i.V. mit der Anlage 1 der Bekanntmachung über die Änderung von Zuständigkeiten vom 24. Januar 2012 (Brem.GBl. S. 24, S. 153) geändert worden ist, wird verordnet:</p>	<p>Die bisher in der Zeugnisordnung enthaltenen Regelungen über die Abschlüsse werden in die Verordnungen über die Bildungsgänge (OberschulVO, usw.) aufgenommen.</p>

Inhaltsübersicht

Teil 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

§ 2 Zweck der Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte

§ 3 Allgemeiner Inhalt, Beurteilungs- und Bewertungsgrundlagen

§ 4 Inhalt des Zeugnisses im einzelnen

§ 5 Benotung im Zeugnis

§ 6 Form der Benotung

§ 7 Inhalt des Lernentwicklungsberichts

Teil 2 Beurteilungszeiträume, Zeugniserteilung, Verfahren

Kapitel 1 Beurteilungszeiträume, Zeugniserteilung

§ 8 Beurteilungszeiträume, Informationsformen

§ 9 Zeugnis und Lernentwicklungsbericht beim Verlassen der Schule

§ 10 Abschlusszeugnis

§ 11 Abgangszeugnis

Kapitel 2 Allgemeine Verfahrens- und Formvorschriften

§ 12 Verfahren

§ 13 Urkundeneigenschaft

§ 14 Name des Schülers und der Schülerin

Kapitel 3 Besondere Verfahrens- und Formvorschriften für Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse

§ 15 Verfahren

§ 16 Form

§ 17 Aufgrund einer Prüfung erteilte Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse

Teil 3 Besondere Bestimmungen für einzelne Schularten und Schulstufen

Kapitel 1 Primarstufe ohne Sonderschule

§ 18 Grundschule

Inhaltsübersicht

Teil 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

§ 2 Zweck der Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte

§ 3 Allgemeiner Inhalt, Beurteilungs- und Bewertungsgrundlagen

§ 4 Inhalt des Zeugnisses im Einzelnen

§ 5 Benotung im Zeugnis

§ 6 Form der Benotung

§ 7 Inhalt des Lernentwicklungsberichts

Teil 2 Beurteilungszeiträume, Zeugniserteilung, Verfahren

Kapitel 1 Beurteilungszeiträume, Zeugniserteilung

§ 8 Beurteilungszeiträume, Informationsformen

§ 9 Zeugnis und Lernentwicklungsbericht beim Verlassen der Schule

§ 10 Abschlusszeugnis

§ 11 Abgangszeugnis

Kapitel 2 Allgemeine Verfahrens- und Formvorschriften

§ 12 Verfahren

§ 13 Urkundeneigenschaft

§ 14 Name des Schülers und der Schülerin

Kapitel 3 Besondere Verfahrens- und Formvorschriften für Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse

§ 15 Verfahren

§ 16 Form

§ 17 Aufgrund einer Prüfung erteilte Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse

Teil 3 Besondere Bestimmungen für einzelne Schularten und Schulstufen

Kapitel 1 Primarstufe

§ 18 Grundschule

<p>Teil 1 Allgemeine Vorschriften § 1 Geltungsbereich</p> <p>Diese Zeugnisordnung gilt für alle öffentlichen Schulen im Sinne von § 1 Abs. 1 des Bremischen Schulgesetzes. Sie regelt die Zeugniserteilung, die Erteilung von Lernentwicklungsberichten sowie diejenigen Informationen, die nach § 38 Abs. 2 des Bremischen Schulgesetzes an deren Stelle treten.</p>	<p>Teil 1 Allgemeine Vorschriften § 1 Geltungsbereich</p> <p>Diese Zeugnisordnung gilt für alle öffentlichen Schulen im Sinne von § 1 Absatz 1 des Bremischen Schulgesetzes. Sie regelt die Zeugniserteilung und die Erteilung von Lernentwicklungsberichten.</p>	<p>Die im § 38 Abs. 2 des bis 2009 geltenden Schulgesetzes noch vorgesehenen „mündlichen und schriftlichen Informationen“ anstelle eines Zeugnisses oder Lernentwicklungsberichts sind mit der Novelle 2009 weggefallen.</p>
<p>§ 2 Zweck der Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte</p> <p>(1) Die Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte geben eine zusammenfassende Beurteilung der Lernentwicklung des Schülers oder der Schülerin in einem bestimmten Zeitabschnitt.</p> <p>(2) Die Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte dienen der Unterrichtung der Schüler und Schülerinnen und ihrer Erziehungsberechtigten sowie bei Berufsschulen auch der Unterrichtung der Auszubildenden. Sie dienen weiterhin bei Übergängen auf andere Schulen der Unterrichtung der aufnehmenden Schule und beim Eintritt in eine Berufstätigkeit der Unterrichtung des Arbeitgebers.</p> <p>(3) Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte sind Grundlage für Entscheidungen nach der Versetzungsordnung.</p> <p>(4) Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte können zum Übergang auf weiterführende Bildungsgänge berechtigen und Voraussetzungen für den Eintritt in eine Berufsausbildung oder Berufstätigkeit sein.</p>	<p>§ 2 Zweck der Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte</p> <p>(1) Die Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte geben eine zusammenfassende Beurteilung der Lernentwicklung des Schülers oder der Schülerin in einem bestimmten Zeitabschnitt.</p> <p>(2) Die Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte dienen der Unterrichtung der Schüler und Schülerinnen und ihrer Erziehungsberechtigten sowie bei Berufsschulen auch der Unterrichtung der Auszubildenden. Sie dienen weiterhin bei Übergängen auf andere Schulen der Unterrichtung der aufnehmenden Schule und beim Eintritt in eine Berufstätigkeit der Unterrichtung des Arbeitgebers.</p> <p>(3) Zeugnisse sind Grundlage für Versetzungsentscheidungen.</p>	<p>Die bisher in der Versetzungsordnung enthaltenen Regelungen zu Versetzungen werden in die Verordnungen über die Bildungsgänge (OberschulVO, ...) aufgenommen.</p> <p>Absatz 4 ist entbehrlich.</p>

<p>§ 3 Allgemeiner Inhalt, Beurteilungs- und Bewertungsgrundlagen</p> <p>(1) Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte enthalten mindestens die Zusammenstellung der Fächer, die nach der Stundentafel des Senators für Bildung und Wissenschaft und Beschluss der Schulkonferenz der Schule vorgesehen sind, sowie die Ausweisung der Lernentwicklung und der Leistung in ihnen.</p> <p>(2) Fächer, die nicht durch die Stundentafel des Senators für Bildung und Wissenschaft vorgegeben sind, müssen im Zeugnis der Schule beschrieben sein.</p> <p>(3) Die Leistungsbeurteilung in den Unterrichtsfächern erfolgt auf der Grundlage von Beobachtungen im Unterricht und von mündlichen, schriftlichen und gegebenenfalls praktischen Leistungskontrollen. Sie bezieht sich auf die gesamte Lernentwicklung des Schülers und der Schülerin und umfasst sowohl die fachlichen Fähigkeiten und Kenntnisse als auch die Arbeitsweisen, die Bestandteil der fachlichen Leistungen sind.</p>	<p>§ 3 Allgemeiner Inhalt, Beurteilungs- und Bewertungsgrundlagen</p> <p>(1) Zeugnisse und Lernentwicklungsberichte enthalten mindestens die Zusammenstellung der Fächer, die nach der Stundentafel der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und Beschluss der Schulkonferenz der Schule vorgesehen sind, sowie die Ausweisung der Lernentwicklung und der Leistung in ihnen.</p> <p>(2) Fächer, die nicht durch die Stundentafel der Senatorin für Bildung und Wissenschaft vorgegeben sind, müssen im Zeugnis der Schule beschrieben sein.</p> <p>(3) Die Leistungsbeurteilung in den Unterrichtsfächern erfolgt auf der Grundlage von Beobachtungen im Unterricht und von mündlichen, schriftlichen und gegebenenfalls praktischen Leistungskontrollen. Sie bezieht sich auf die gesamte Lernentwicklung des Schülers und der Schülerin und umfasst sowohl die fachlichen Fähigkeiten und Kenntnisse als auch die Arbeitsweisen, die Bestandteil der fachlichen Leistungen sind.</p>	
--	--	--

§ 4 Inhalt des Zeugnisses im einzelnen

(1) Im Zeugnis werden die Beurteilung der Leistungen in den Unterrichtsfächern und die Prüfungsleistungen durch Noten ausgewiesen. Leistungen in freien Unterrichtsveranstaltungen (Arbeitsgemeinschaften) werden nur benotet, wenn dies durch den Senator für Bildung und Wissenschaft oder durch die Schule besonders bestimmt ist. § 33 Abs. 5 bleibt unberührt.

(2) Das Zeugnis enthält Vermerke, die nach dem Zweck der Zeugniserteilung nach § 2 Abs. 3 und 4 erforderlich sind, und zwar über

1. Fehlzeiten des letzten Schulhalbjahres, am Schuljahresende des letzten Schuljahres, bezogen auf den Unterricht und die übrigen verbindlichen schulischen Veranstaltungen, aufgeteilt in Zeiten, die der Schüler oder die Schülerin zu vertreten (unentschuldigt) und nicht zu vertreten hat (entschuldigt). Vermerke über entschuldigte Fehlzeiten dürfen nur bis einschließlich der Jahrgangsstufe 8 in das Zeugnis aufgenommen werden;
2. die Entscheidung über die Versetzung, an Berufsschulen mit Ausnahme des Berufsgrundbildungsjahres die Entscheidung über das Erreichen des Zieles des Schuljahres,
3. das Vorrücken beziehungsweise das Zurückgehen des Schülers oder der Schülerin und
4. die Zuerkennung von Abschlüssen und Berechtigungen.

Bis zum Ende der Jahrgangsstufe 4 werden die Vermerke nach Nummer 1 in halbjährlichen, vom Zeugnis gesonderten Dokumentationen den Eltern zur Unterschrift vorgelegt.

(3) Das Zeugnis kann Bemerkungen enthalten, die dem Zweck der Zeugniserteilung nach § 2 Abs. 1 und 2 dienen, insbesondere Aussagen zum Arbeitsverhalten, zum Sozialverhalten sowie Erläuterungen zu den

§ 4 Inhalt des Zeugnisses im Einzelnen

(1) Im Zeugnis werden die Beurteilung der Leistungen in den Unterrichtsfächern und die Prüfungsleistungen durch Noten ausgewiesen. In den Jahrgangsstufen 5 und 6 sollen die Noten durch schriftliche Berichte über die Lernentwicklung ergänzt werden. Leistungen in freien Unterrichtsveranstaltungen (Arbeitsgemeinschaften) werden nur benotet, wenn dies durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft oder durch die Schule besonders bestimmt ist. § 27 Absatz 5 bleibt unberührt.

(2) Das Zeugnis enthält Vermerke, die nach dem Zweck der Zeugniserteilung nach § 2 Absatz 3 erforderlich sind, und zwar über

1. Fehlzeiten des letzten Schulhalbjahres, am Schuljahresende des letzten Schuljahres, bezogen auf den Unterricht und die übrigen verbindlichen schulischen Veranstaltungen, aufgeteilt in Zeiten, die der Schüler oder die Schülerin zu vertreten (unentschuldigt) und nicht zu vertreten hat (entschuldigt). Vermerke über entschuldigte Fehlzeiten dürfen nur bis einschließlich der Jahrgangsstufe 8 in das Zeugnis aufgenommen werden;
2. die Entscheidung über die Versetzung, an Berufsschulen die Entscheidung über das Erreichen des Zieles des Schuljahres,
3. das Vorrücken beziehungsweise das Zurückgehen des Schülers oder der Schülerin und
4. die Zuerkennung von Abschlüssen und Berechtigungen.

Bis zum Ende der Jahrgangsstufe 4 werden die Vermerke nach Nummer 1 in halbjährlichen, vom Zeugnis gesonderten Dokumentationen den Eltern zur Unterschrift vorgelegt.

(3) Das Zeugnis kann Bemerkungen enthalten, die dem Zweck der Zeugniserteilung nach § 2 Absatz 1

§ 5 Benotung im Zeugnis

(1) Die Noten in den Unterrichtsfächern sind nach folgendem Bewertungsmaßstab festzusetzen:

1 = sehr gut

Die Note „sehr gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen in besonderem Maße entspricht.

2 = gut

Die Note „gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen voll entspricht.

3 = befriedigend

Die Note „befriedigend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung im allgemeinen den Anforderungen entspricht.

4 = ausreichend

Die Note „ausreichend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht.

5 = mangelhaft

Die Note „mangelhaft“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten.

6 = ungenügend

Die Note „ungenügend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Fließen in die Benotung eines Faches die eigenverantwortlichen Beurteilungen mehrerer Lehrkräfte ein, wird die Gesamtnote einvernehmlich von ihnen gegeben. Kann kein Einvernehmen erzielt werden, entscheidet über die Gesamtnote die Zeugniskonferenz.

§ 5 Benotung im Zeugnis

(1) Die Noten in den Unterrichtsfächern sind nach folgendem Bewertungsmaßstab festzusetzen:

1 = sehr gut

Die Note „sehr gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen in besonderem Maße entspricht.

2 = gut

Die Note „gut“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen voll entspricht.

3 = befriedigend

Die Note „befriedigend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung im Allgemeinen den Anforderungen entspricht.

4 = ausreichend

Die Note „ausreichend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht.

5 = mangelhaft

Die Note „mangelhaft“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten.

6 = ungenügend

Die Note „ungenügend“ soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.

(2) Fließen in die Benotung eines Faches die eigenverantwortlichen Beurteilungen mehrerer Lehrkräfte ein, wird die Gesamtnote einvernehmlich von ihnen gegeben. Kann kein Einvernehmen erzielt werden, entscheidet über die Gesamtnote die Zeugniskonferenz.

Der bisherige Absatz 3 kann entfallen, da der neue § 27 eine ausreichende Regelung beinhaltet.

<p>§ 6 Form der Benotung</p> <p>(1) Die Noten sind in das Zeugnisformular in arabischen Ziffern einzutragen. Zwischennoten und Zusätze sowie Korrekturen sind nicht zulässig.</p> <p>(2) Bei Fächern, die laut Stundentafel und Beschluss der Schule hätten erteilt werden müssen, nicht aber erteilt werden konnten, ist das für die Note vorgesehene Feld durchzustreichen. Dasselbe gilt bei Fächern, die der Schüler oder die Schülerin nicht gewählt hat, in denen er oder sie vom Unterricht befreit worden ist oder wenn er oder sie am Unterricht des Faches Biblische Geschichte/ Religionskunde nicht teilgenommen hat.</p> <p>(3) Bei Fächern, in denen die Leistungen nicht benotet werden, ist die Abkürzung „tg“ (teilgenommen) einzusetzen.</p> <p>(4) Bei Fächern, in denen der Unterricht so weit ausgefallen ist, dass eine Beurteilung der Leistung nicht möglich ist, ist der Vermerk „ausgefallen“ einzusetzen.</p> <p>(5) Bei Fächern, in denen ein Schüler oder eine Schülerin aus Gründen, die er oder sie nicht zu vertreten hat, nicht so regelmäßig am Unterricht teilnehmen konnte, dass eine Beurteilung der Leistung möglich ist, ist der Vermerk „nicht beurteilbar“ einzusetzen.</p>	<p>unverändert</p>	
---	--------------------	--

<p>§ 7 Inhalt des Lernentwicklungsberichts</p> <p>(1) Unbeschadet der abweichenden Regelungen des § 18 gibt der Lernentwicklungsbericht eine umfassende Beurteilung der Lernentwicklung des Schülers oder der Schülerin ohne Benotung der einzelnen Fächer und unter Einschluss von Informationen zum Arbeits- und -Sozialverhalten. Soll er nach Beschluss der Schulkonferenz an die Stelle von Zeugnissen treten, bedarf dies ab der Jahrgangsstufe 5 der Zustimmung durch die Fachaufsicht.</p> <p>(2) Wird am Ende einer Jahrgangsstufe über die Versetzung entschieden, muss der zu diesem Zeitpunkt erteilte Lernentwicklungsbericht so gefasst sein, dass er nach Maßgabe der Kriterien des § 6 Abs. 4 Satz 1 der Versetzungsordnung gegebenenfalls Grundlage für eine Nichtversetzung sein kann.</p> <p>(3) Der Lernentwicklungsbericht darf keine Formulierungen enthalten, die eine verdeckte Benotung darstellen.</p> <p>(4) Die Regelungen des § 4 Abs. 2 bis 4 gelten für Lernentwicklungsberichte entsprechend.</p>	<p>§ 7 Inhalt des Lernentwicklungsberichts</p> <p>(1) Unbeschadet der abweichenden Regelungen des § 18 gibt der Lernentwicklungsbericht eine umfassende Beurteilung des Leistungsstandes und der Lernentwicklung des Schülers oder der Schülerin ohne Benotung der einzelnen Fächer und unter Einschluss von Informationen zum Arbeits- und -Sozialverhalten.</p> <p>(2) Die Lernentwicklungsberichte sind als Kompetenzraster gestaltet. Sie geben die Leistungsstände der Schülerinnen und Schüler kompetenzorientiert und an den Bildungsstandards orientiert wieder. Die Lernentwicklung wird zusätzlich durch einen freien Text erläutert.</p> <p>(3) Der Lernentwicklungsbericht darf keine Formulierungen enthalten, die eine verdeckte Benotung darstellen.</p> <p>(4) Die Regelungen des § 4 Absatz 2 bis 4 gelten für Lernentwicklungsberichte entsprechend.</p>	<p>Mit der Schulgesetznovelle 2009 wurden die Versetzungsentscheidungen in der Sekundarstufe I abgeschafft.</p> <p>S. 2 wird in § 19 Abs. 2 aufgenommen.</p> <p>Der bisherige Abs. 2 kann entfallen – nach § 8 Abs. 1 gibt es ab Jahrgangsstufe 9 keine Lernentwicklungsberichte mehr</p>
--	---	---

<p>Teil 2 Beurteilungszeiträume, Zeugniserteilung, Verfahren</p> <p>Kapitel 1 Beurteilungszeiträume, Zeugniserteilung</p> <p>§ 8 Beurteilungszeiträume, Informationsformen</p> <p>(1) Die Schülerinnen und Schüler erhalten zum Ende eines jeden Schuljahres ein Zeugnis oder nach Maßgabe des § 7 einen Lernentwicklungsbericht über die Leistungen und die Lernentwicklung im abgelaufenen Schuljahr, soweit nicht in den besonderen Bestimmungen etwas anderes geregelt ist. In den allgemeinbildenden Schulen ab Jahrgangsstufe 9 und in den beruflichen Schulen dürfen zum Schuljahresende keine Lernentwicklungsberichte erteilt werden; die §§ 25, 26 und 30 bleiben unberührt.</p> <p>(2) Zum Schulhalbjahr erhalten die Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigten, bei Berufsschulen auch die Auszubildenden, ein Zwischenzeugnis oder einen Lernentwicklungsbericht als Information über die bisherige Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler im Schuljahr.</p>	<p>Teil 2 Beurteilungszeiträume, Zeugniserteilung, Verfahren</p> <p>Kapitel 1 Beurteilungszeiträume, Zeugniserteilung</p> <p>§ 8 Beurteilungszeiträume, Informationsformen</p> <p>(1) Die Schülerinnen und Schüler erhalten zum Ende eines jeden Schuljahres ein Zeugnis oder nach Maßgabe des § 7 einen Lernentwicklungsbericht über den Leistungsstand und die Lernentwicklung im abgelaufenen Schuljahr, soweit nicht in den besonderen Bestimmungen etwas anderes geregelt ist.</p> <p>(2) Zum Schulhalbjahr erhalten die Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigten, in den Bildungsgängen der Berufsschule auch die Auszubildenden, ein Zwischenzeugnis oder einen Lernentwicklungsbericht als Information über den bisherigen Leistungsstand und die bisherige Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler im Schuljahr. Zum Schulhalbjahr der Jahrgangsstufen 5 und 6 kann das Zwischenzeugnis oder der Lernentwicklungsbericht entfallen. Ersatzweise wird eine andere Form der Rückmeldung des Leistungsstandes und der Lernentwicklung sowie des Arbeits- und Sozialverhaltens gewählt.</p>	<p>Satz 2 wird aus systematischen Gründen in § 19 Abs. 2 aufgenommen.</p> <p>Die Öffnung dient der Entlastung der Schulen und der Förderung der Rückmeldekultur in Schüler-Eltern-Lehrer-Gesprächen am Beginn der Sekundarstufe I.</p>
--	---	--

<p>§ 9 Zeugnis und Lernentwicklungsbericht beim Verlassen der Schule</p> <p>(1) Verlässt der Schüler oder die Schülerin die besuchte Schule, erhält er oder sie ein Zeugnis oder einen Lernentwicklungsbericht, sofern der betreffende Bildungsgang an der Schule mindestens acht Unterrichtswochen besucht worden ist. Liegen zwischen dem Verlassen und dem Ende des Schuljahres weniger als acht Unterrichtswochen, hat das Zeugnis oder der Lernentwicklungsbericht Rechtswirkungen für das Schuljahresende; die Zeugniskonferenz der aufnehmenden Schule kann in Ausnahmefällen am Schuljahresende mit Rechtswirkungen eine neue Beurteilung insgesamt oder in einzelnen Unterrichtsfächern vornehmen. Die Entscheidung ist im Protokoll zu begründen.</p> <p>(2) Verlässt der Schüler oder die Schülerin die besuchte Schule und werden an der Schule Lernentwicklungsberichte ausgestellt, ist auf Wunsch der Erziehungsberechtigten ein Zeugnis zu erteilen. Dies gilt bis einschließlich zur Jahrgangsstufe 4 nicht beim Wechsel der Schule innerhalb des Landes Bremens.</p> <p>(3) Wechselt der Schüler oder die Schülerin auf eine Schule außerhalb des Landes Bremen, gelten die Formvorschriften des § 16 Abs. 1 entsprechend.</p>	<p>§ 9 Zeugnis und Lernentwicklungsbericht beim Verlassen der Schule</p> <p>(1) Verlässt der Schüler oder die Schülerin die besuchte Schule, erhält er oder sie ein Zeugnis oder einen Lernentwicklungsbericht, sofern der betreffende Bildungsgang an der Schule mindestens acht Unterrichtswochen besucht worden ist. Liegen zwischen dem Verlassen und dem Ende des Schuljahres weniger als acht Unterrichtswochen, hat das Zeugnis oder der Lernentwicklungsbericht Rechtswirkungen für das Schuljahresende; die Zeugniskonferenz der aufnehmenden Schule kann in Ausnahmefällen am Schuljahresende mit Rechtswirkungen eine neue Beurteilung insgesamt oder in einzelnen Unterrichtsfächern vornehmen. Die Entscheidung ist im Protokoll zu begründen.</p> <p>(2) Verlässt der Schüler oder die Schülerin die besuchte Schule und werden an der Schule Lernentwicklungsberichte ausgestellt, ist auf Wunsch der Erziehungsberechtigten ein Zeugnis zu erteilen. Dies gilt bis einschließlich zur Jahrgangsstufe 4 nicht beim Wechsel der Schule innerhalb des Landes Bremens.</p> <p>(3) Wechselt der Schüler oder die Schülerin auf eine Schule außerhalb des Landes Bremen, gelten die Formvorschriften des § 16 Absatz 1 entsprechend.</p>	
---	---	--

§ 10 Abschlusszeugnis

(1) Ein Abschlusszeugnis wird erteilt, wenn der Schüler oder die Schülerin das Ziel des Bildungsganges erreicht hat. Das Ziel des Bildungsganges ist erreicht, wenn die letzte Jahrgangsstufe des Bildungsganges bis zum Schluss des Schuljahres besucht wurde und der Schüler oder die Schülerin Leistungen erbracht hat, die ohne den Ausgleich zur Versetzung führen müssen.

(2) In Schulen der Sekundarstufe I ist das Ziel des Bildungsganges auch erreicht, wenn der Schüler oder die Schülerin erst durch ein zusätzliches Leistungsverfahren (Nachprüfung) die Bedingungen des Absatzes 1 Satz 2 erreicht hat. Eine Nachprüfung findet statt, wenn durch eine Leistungsverbesserung in einem mit „mangelhaft“ bewerteten Fach ein Leistungsbild erreicht werden kann, das ohne Ausgleich zur Versetzung führen müsste. Die Nachprüfung findet in dem Fach statt, das die Erziehungsberechtigten des Schülers oder der Schülerin bestimmen. Das Fach Sport steht nicht zur Verfügung. Die Nachprüfung kann nach Entscheidung der Erziehungsberechtigten, des Schülers oder der Schülerin bis zum letzten Unterrichtstag des laufenden Schuljahres oder im Rahmen des Nachversetzungsverfahrens durchgeführt werden. Die Zeugniskonferenz informiert hierüber die Erziehungsberechtigten. Für die Nachprüfung und die Zeugniserteilung gelten im übrigen die Bedingungen der Nachversetzung nach § 10b der Versetzungsordnung.

(3) Wird der Bildungsgang mit einer Prüfung abgeschlossen, ist dessen Ziel erreicht, wenn die Prüfung bestanden ist.

§ 10 Abschlusszeugnis

(1) Ein Abschlusszeugnis wird erteilt, wenn der Schüler oder die Schülerin das Ziel des Bildungsganges erreicht hat. Das Ziel des Bildungsganges ist erreicht, wenn die letzte Jahrgangsstufe des Bildungsganges bis zum Schluss des Schuljahres besucht wurde und der Schüler oder die Schülerin Leistungen erbracht hat, die ohne den Ausgleich zur Versetzung führen müssen.

(2) Wird der Bildungsgang mit einer Prüfung abgeschlossen, ist dessen Ziel erreicht, wenn die Prüfung bestanden ist.

Die Möglichkeit der Nachprüfung, hat sich als nicht sinnvoll erwiesen und soll deswegen entfallen.

<p>§ 11 Abgangszeugnis</p> <p>Verlässt ein Schüler oder eine Schülerin einen Bildungsgang, ohne dessen Ziel erreicht zu haben, und hat er oder sie bereits die Pflicht zum Besuch einer allgemeinbildenden Schule erfüllt, erhält er oder sie ein Abgangszeugnis auf der Grundlage des jeweiligen Leistungsstandes. Liegen zwischen dem Verlassen des Bildungsganges und dem letzten Zeugnis dieses Bildungsganges nicht mehr als acht Unterrichtswochen, werden die Noten dieses Zeugnisses in das Abgangszeugnis übertragen; hat er oder sie insgesamt nicht mehr als acht Wochen den Bildungsgang besucht, wird kein Abgangszeugnis ausgestellt.</p>	<p>unverändert</p>	
<p>Kapitel 2 Allgemeine Verfahrens- und Formvorschriften</p>	<p>Kapitel 2 Allgemeine Verfahrens- und Formvorschriften</p>	

§ 12 Verfahren

(1) Die den Schüler oder die Schülerin unterrichtenden und unterweisenden Lehrkräfte beraten und beschließen als Zeugniskonferenz die Zeugnisse auf der Grundlage der von den einzelnen Lehrkräften erteilten Noten. Werden Lernentwicklungsberichte erstellt, beschließt sie die Zeugniskonferenz auf der Grundlage eines Vorschlags des Klassenlehrers oder der Klassenlehrerin. Der Lernentwicklungsbericht darf die schriftlich abzufassende Einzelbeurteilung der Lehrkräfte im Ergebnis nicht verändern.

(2) Vorsitzender oder Vorsitzende der Zeugniskonferenz ist der Schulleiter oder die Schulleiterin oder eine von ihm oder von ihr beauftragte Lehrkraft. Der oder die Vorsitzende leitet die Sitzungen.

(3) Die Klassenelternsprecher und Klassenelternsprecherinnen oder ein Jahrgangselternsprecher oder eine Jahrgangselternsprecherin sowie ab Jahrgangsstufe 5 die Klassenschülersprecher und Klassenschülersprecherinnen oder zwei Jahrgangsschülersprecher oder Jahrgangsschülersprecherinnen haben das Recht, mit beratender Stimme an der Zeugniskonferenz teilzunehmen. Hat der Ausbildungsbeirat an beruflichen Schulen nach

§ 60 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes einen für den Bildungsgang der Klasse zuständigen Ausschuss eingesetzt, haben zwei Mitglieder dieses Ausschusses das Recht, an Sitzungen der Zeugniskonferenz mit beratender Stimme teilzunehmen. Der oder die Vorsitzende hat einzelne oder alle Personen, die nur mit beratender Stimme anwesend sind, von der Beratung auszuschließen, wenn dies zum Schutze der Persönlichkeit eines Schülers oder einer Schülerin oder seiner oder ihrer Erziehungsberechtigten geboten erscheint. Von der Beratung der Zeugniskonferenz ausgeschlossen ist der Elternsprecher und die Elternsprecherin, soweit über dessen oder deren Kind

§ 12 Verfahren

(1) Die den Schüler oder die Schülerin unterrichtenden und unterweisenden Lehrkräfte beraten und beschließen als Zeugniskonferenz die Zeugnisse auf der Grundlage der von den einzelnen Lehrkräften erteilten Noten. Werden Lernentwicklungsberichte erstellt, beschließt sie die Zeugniskonferenz auf der Grundlage eines Vorschlags des Klassenlehrers oder der Klassenlehrerin. Der Lernentwicklungsbericht darf die schriftlich abzufassende Einzelbeurteilung der Lehrkräfte im Ergebnis nicht verändern.

(2) Vorsitzender oder Vorsitzende der Zeugniskonferenz ist der Schulleiter oder die Schulleiterin oder eine von ihm oder von ihr beauftragte Lehrkraft. Der oder die Vorsitzende leitet die Sitzungen.

(3) Die Klassenelternsprecher und Klassenelternsprecherinnen oder ein Jahrgangselternsprecher oder eine Jahrgangselternsprecherin sowie ab Jahrgangsstufe 5 die Klassenschülersprecher und Klassenschülersprecherinnen oder zwei Jahrgangsschülersprecher oder Jahrgangsschülersprecherinnen haben das Recht, mit beratender Stimme an der Zeugniskonferenz teilzunehmen. Hat der Ausbildungsbeirat in den Bildungsgängen der Berufsschule nach § 60 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes einen für den Bildungsgang der Klasse zuständigen Ausschuss eingesetzt, haben zwei Mitglieder dieses Ausschusses das Recht, an Sitzungen der Zeugniskonferenz mit beratender Stimme teilzunehmen. Der oder die Vorsitzende hat einzelne oder alle Personen, die nur mit beratender Stimme anwesend sind, von der Beratung auszuschließen, wenn dies zum Schutze der Persönlichkeit eines Schülers oder einer Schülerin oder seiner oder ihrer Erziehungsberechtigten geboten erscheint. Von der Beratung der Zeugniskonferenz ausgeschlossen ist der Elternsprecher und die Elternsprecherin, soweit über dessen oder deren Kind beraten wird, sowie der Schülersprecher und die Schüler-

<p>§ 13 Urkundeneigenschaft (1) Das Zeugnis und der Lernentwicklungsbericht sind Urkunden, die von der Schule ausgestellt werden. (2) Das Zeugnis oder der Lernentwicklungsbericht ist vom Klassenlehrer oder von der Klassenlehrerin oder vom Tutor oder von der Tutorin im Auftrage des Schulleiters oder der Schulleiterin zu unterschreiben. (3) Die Zeugnisformulare und die Formulare der Lernentwicklungsberichte können von der Schule unter Beachtung der in dieser Verordnung vorgegebenen Inhalte festgelegt werden. Das Nähere bestimmt der Senator für Bildung und Wissenschaft in Zeugniserrlassen.</p>	<p>§ 13 Urkundeneigenschaft (1) Das Zeugnis und der Lernentwicklungsbericht sind Urkunden, die von der Schule ausgestellt werden. (2) Das Zeugnis oder der Lernentwicklungsbericht ist vom Klassenlehrer oder von der Klassenlehrerin oder vom Tutor oder von der Tutorin im Auftrage des Schulleiters oder der Schulleiterin zu unterschreiben. (3) Die Zeugnisformulare und die Formulare der Lernentwicklungsberichte können von der Schule unter Beachtung der in dieser Verordnung vorgegebenen Inhalte festgelegt werden. Das Nähere bestimmt die Senatorin für Bildung und Wissenschaft in Zeugniserrlassen.</p>	
<p>§ 14 Name des Schülers und der Schülerin In das Formular des Zeugnisses oder des Lernentwicklungsberichts sind der Vorname und der Familienname des Schülers oder der Schülerin sowie das Geburtsdatum einzutragen.</p>	<p>unverändert</p>	
<p>Kapitel 3 Besondere Verfahrens- und Formvorschriften für Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse</p>	<p>Kapitel 3 Besondere Verfahrens- und Formvorschriften für Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse</p>	
<p>§ 15 Verfahren (1) Über ein Abschlusszeugnis kann frühestens 14 Tage vor dem letzten Schultag beschlossen werden. Dasselbe gilt für ein Abgangszeugnis, das zum Ende des Schuljahres ausgestellt wird. (2) Das Abschlusszeugnis ist unverzüglich nach dem Beschluss der Zeugniskonferenz auszufertigen und dem Schüler oder der Schülerin auszuhändigen.</p>	<p>unverändert</p>	

<p>§ 16 Form (1) Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse sind vom Klassenlehrer oder von der Klassenlehrerin oder vom Tutor oder von der Tutorin sowie vom Schulleiter oder der Schulleiterin oder von dem zuständigen Abteilungsleiter oder der zuständigen Abteilungsleiterin zu unterschreiben und zu siegeln.</p> <p>2) Die Noten nach § 5 Abs. 1 sind auszuschreiben. (3) Die Noten werden aufgrund der im laufenden Schuljahr erbrachten Leistungen erteilt. (4) In Abschlusszeugnissen und in Abgangszeugnissen sind die Noten aller Fächer einzutragen, die im letzten Schuljahr unterrichtet worden sind. Fächer, die bereits in vorhergehenden Schuljahren abgeschlossen wurden, werden gesondert ohne Noten im Abschlusszeugnis oder im Abgangszeugnis ausgewiesen, es sei denn, die Schülerin oder der Schüler beantragt rechtzeitig vor der Zeugniserteilung die Ausweisung einer Note.</p>	<p>§ 16 Form (1) Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse sind vom Klassenlehrer oder von der Klassenlehrerin oder vom Tutor oder von der Tutorin sowie vom Schulleiter oder der Schulleiterin oder von dem zuständigen Abteilungsleiter oder der zuständigen Abteilungsleiterin oder dem zuständigen Jahrgangleiter oder der zuständigen Jahrgangleiterin oder von der oder dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zu unterschreiben und zu siegeln. Abiturzeugnisse an den allgemeinbildenden Schulen werden von der oder dem Vorsitzenden der Prüfungskommission und vom Schulleiter oder der Schulleiterin unterschrieben und gesiegelt. In beruflichen Bildungsgängen, die mit einer schulischen Prüfung abschließen, werden die Abschlusszeugnisse von dem oder der Prüfungsausschussvorsitzenden und von dem Abteilungsleiter oder von der Abteilungsleiterin unterschrieben und gesiegelt.</p> <p>(2) Die Noten nach § 5 Absatz 1 sind auszuschreiben. (3) Die Noten werden aufgrund der im laufenden Schuljahr erbrachten Leistungen erteilt. (4) In Abschlusszeugnissen und in Abgangszeugnissen sind die Noten aller Fächer einzutragen, die im letzten Schuljahr unterrichtet worden sind. Fächer, die bereits in vorhergehenden Schuljahren abgeschlossen wurden, werden gesondert ohne Noten im Abschlusszeugnis oder im Abgangszeugnis ausgewiesen, es sei denn, die Schülerin oder der Schüler beantragt rechtzeitig vor der Zeugniserteilung die Ausweisung einer Note.</p>	
--	--	--

<p>§ 17 Aufgrund einer Prüfung erteilte Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse Wird ein Abschlusszeugnis oder ein Abgangszeugnis aufgrund einer Prüfungsordnung oder einer anderen Ordnung erteilt, gelten die besonderen Bestimmungen der jeweiligen Ordnung soweit sie von dieser Zeugnisordnung abweichen.</p>	<p>unverändert</p>	
<p>Teil 3 Besondere Vorschriften für einzelne Schularten und Schulstufen</p>	<p>Teil 3 Besondere Vorschriften für einzelne Schularten und Schulstufen</p>	

<p>Kapitel 1 Primarstufe ohne Sonderschule</p> <p>§ 18 Grundschule</p> <p>(1) In der Grundschule werden Lernentwicklungsberichte erteilt. Sie werden zum Ende eines jeden Schuljahres, in den Jahrgangsstufen 4 und 6 auch zum Ende eines jeden Schulhalbjahres erteilt.</p> <p>(2) In den Jahrgangsstufen 1 und 2 haben die Lernentwicklungsberichte die Form von Briefen an die Schülerinnen und Schüler (Zeugnisbriefe).</p> <p>(3) In den Jahrgangsstufen 3 bis 6 enthalten die Lernentwicklungsberichte am Ende des jeweiligen Schuljahres eine für die einzelnen Fächer zusammengefasste Note in verbaler Form und in Ziffernform; in den Jahrgangsstufen 4 und 6 gilt dies auch für den Lernentwicklungsbericht zum Ende des Schulhalbjahres.</p> <p>(4) Schulen mit besonderem pädagogischen Konzept können auf Antrag in Ausnahmefällen vom Senator für Bildung und Wissenschaft von der Pflicht zur Benotung befreit werden. Der Antrag muss mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Schulkonferenz befürwortet werden.</p> <p>(5) In den Jahrgangsstufen 1 bis 6 werden im Zusammenhang mit der Ausgabe der Lernentwicklungsberichte zum jeweiligen Schuljahresende Elterngespräche geführt.</p>	<p>Kapitel 1 Primarstufe</p> <p>§ 18 Grundschule</p> <p>(1) In der Grundschule werden Lernentwicklungsberichte erteilt. Sie werden zum Ende eines jeden Schuljahres, in der Jahrgangsstufe 4 auch zum Ende des Schulhalbjahres erteilt</p> <p>(2) Schulen können mit Genehmigung der Senatorin für Bildung und Wissenschaft in den Jahrgangsstufen 3 bis 4 die Lernentwicklungsberichte am Ende des jeweiligen Schuljahres eine für die einzelnen Fächer zusammengefasste Note in verbaler Form und in Ziffernform versehen. Der Antrag auf Genehmigung muss mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Schulkonferenz befürwortet werden.</p> <p>(4) In den Jahrgangsstufen 1 bis 4 werden im Zusammenhang mit der Ausgabe der Lernentwicklungsberichte zum jeweiligen Schuljahresende Elterngespräche geführt.</p>	<p>Die sechsjährige Grundschule wurde mit der Schulgesetznovelle 2009 abgeschafft.</p> <p>Die Lernentwicklungsberichte sollen künftig in Form eines Kompetenzrasters neben dem freien Text einheitlich gestaltet sein. Damit wird es auch den Erziehungsberechtigten ermöglicht, die Lernentwicklung im Hinblick auf die Übergangentscheidung in den fünften Jahrgang gezielter zu verfolgen las durch einheitliche Texte. Die (zusätzliche) Notengebung soll in der Grundschule künftig nur ausnahmsweise erfolgen.</p>
--	--	--

<p>Kapitel 2 Jahrgangsstufen 5 bis 10 ohne Sonderschule</p> <p>§ 18a Zeugnisvorberater und Förderplanung</p> <p>(1) Vor den Osterferien kommt die Klassenkonferenz (§§ 41 bis 43 Bremisches Schulverwaltungsgesetz) zusammen und berät die Lernentwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler. Werden zu diesem Zeitpunkt von den jeweiligen Fachlehrerinnen und Fachlehrern eine mangelhafte oder ungenügende oder eine auf die Note „mangelhaft“ tendierende Leistungsentwicklung oder ein kurzfristiger erheblicher Leistungseinbruch festgestellt, sind für diese Schülerinnen und Schüler im Zusammenwirken mit deren Erziehungsberechtigten Fördermaßnahmen zu beschließen und einzuleiten. Für die Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen im Halbjahreszeugnis mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ bewertet wurden, muss eine entsprechende Förderung umgehend nach der Zeugniskonferenz eingeleitet werden.</p> <p>(2) Werden Unterrichtsfächer, deren Noten versetzungsrelevant sind, nur im ersten Schulhalbjahr erteilt, kommt die Klassenkonferenz im Sinne von Absatz 1 zehn bis zwölf Unterrichtswochen vor den Zeugniskonferenzen zum Schulhalbjahreswechsel zusammen.</p> <p>(3) Die Fachlehrerin oder der Fachlehrer muss die Feststellung nach Absatz 1 Satz 2 schriftlich begründen. Dabei muss die Fachlehrerin oder der Fachlehrer die konkreten Leistungen der einzelnen Schülerin oder des Schülers im Hinblick auf die im Lehrplan vorgesehenen Teilbereiche spezifizieren.</p>	<p>Kapitel 2 Sekundarstufe I</p> <p>§ 19 Oberschule, Gymnasium</p> <p>(1) In der Oberschule und im Gymnasium werden Zeugnisse erteilt.</p> <p>(2) Soll der Lernentwicklungsbericht nach Beschluss der Schulkonferenz an die Stelle von Zeugnissen treten, bedarf dies der Zustimmung durch die Fachaufsicht. Ab Jahrgangsstufe 9 dürfen zum Schuljahresende keine Lernentwicklungsberichte erteilt werden; § 26 bleibt unberührt.</p> <p>(3) Ab Jahrgang 8 enthält das Zeugnis oder der Lernentwicklungsbericht eine Prognose über den zu erwartenden Abschluss.</p>	<p>§ 42 Schulgesetz sieht nur noch zwei Versetzungstermine (am Ende der Sek I und nach Ende der Eingangsphase bzw. des ersten Ausbildungsjahres) vor. Einer mit Sanktionen versehenen Förderplanung bedarf es nach dem Konzept der Bildungsgangverordnungen nicht mehr. Der besondere Förderauftrag bei schwächer werdenden oder bleibenden Leistungen wird in die Bildungsgangverordnungen aufgenommen.</p>
--	--	--

<p>§ 19 Übergreifendes (1) Soweit in Gesamtschulen und in Schulen mit bildungsgangsübergreifenden Lernformen Zeugnisse oder Lernentwicklungsberichte erteilt werden, ist in den Fächern mit Fachleistungsdifferenzierung die Anspruchsebene anzugeben. (2) Wechselt ein Schüler oder eine Schülerin einer Gesamtschule oder einer Schule mit bildungsgangsübergreifenden Lernformen auf eine andere Schule, ist das Zeugnis oder der Lernentwicklungsbericht mit einem Vermerk zu versehen, aus dem hervorgeht, zum Besuch welcher Jahrgangsstufe und welchen Bildungsgangs der Schüler oder die Schülerin berechtigt ist.</p>	<p>§ 20 Fachleistungsdifferenzierung Soweit in Schulen fachleistungsdifferenziert unterrichtet wird, ist in den Zeugnissen oder Lernentwicklungsberichten bei den Fächern mit Fachleistungsdifferenzierung das Anforderungsniveau anzugeben.</p>	
<p>§ 20 (weggefallen)</p>		
<p>§ 21 Hauptschule, Realschule, Gymnasium (1) In der Hauptschule wird der Hauptschulabschluss mit dem Versetzungszeugnis am Ende der Jahrgangsstufe 9, der erweiterte Hauptschulabschluss mit dem Abschlusszeugnis der Hauptschule erworben. (2) Mit dem Abschlusszeugnis der Realschule wird der Mittlere Schulabschluss (Realschulabschluss) erworben. (3) Mit dem Versetzungszeugnis des Gymnasiums am Ende der Jahrgangsstufe 10 wird der mittlere Bildungsabschluss erworben. In Bildungsgängen mit drei Pflichtfremdsprachen gilt dies auch für ein Zeugnis ohne Versetzungsvermerk am Ende der Jahrgangsstufe 10, wenn die Nichtversetzung allein in nicht ausreichenden Leistungen in der dritten Fremdsprache begründet ist.</p>	<p>gestrichen</p>	<p>Die Regelungen über den Erwerb der Abschlüsse werden in die Verordnungen über die Bildungsgänge (OberschulVO, usw.) aufgenommen.</p>

§ 22 Gesamtschule

(1) Das Abschlusszeugnis der Gesamtschule wird am Ende der Jahrgangsstufe 10 erteilt, wenn in allen Fächern bis auf ein Fach mindestens ausreichende Leistungen erbracht wurden. Die Noten werden aufgrund der im letzten Halbjahr erbrachten Leistungen unter angemessener Berücksichtigung der Lernentwicklung während des gesamten Schuljahres erteilt. Mit dem Abschlusszeugnis wird der Gesamtschulabschluss und der Hauptschulabschluss erworben sowie ein weiterer Abschluss nach Maßgabe der folgenden Absätze. Am Ende der Jahrgangsstufe 9 wird der Hauptschulabschluss erworben, wenn das Notenbild nach den Versetzungsregelungen im gegliederten System zu einer Versetzung führen würde.

(2) Der erweiterte Hauptschulabschluss wird erworben, sofern nicht nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 höherwertigere Berechtigungen erworben werden.

(3) Der Mittlere Schulabschluss (Realschulabschluss) wird erworben, wenn der Schüler oder die Schülerin

1. in zwei Fächern am Unterricht eines Kurses der oberen Anspruchsebene teilgenommen hat,
2. in den Kursen der oberen Anspruchsebene ausreichende und in den Kursen der unteren Anspruchsebene befriedigende Leistungen erbracht hat und
3. in zwei integriert unterrichteten Fächern befriedigende und in den übrigen integriert unterrichteten Fächern ausreichende Leistungen erbracht hat.

Eine der geforderten Noten darf um eine Stufe unterschritten sein.

(4) Das Versetzungszeugnis in die Jahrgangsstufe 11 des Gymnasiums und des Beruflichen Gymnasiums wird erworben, wenn der Schüler oder die Schülerin

1. in drei Fächern am Unterricht eines Kurses der oberen Anspruchsebene teilgenommen hat, worunter zwei der Fächer Deutsch, erste Fremdsprache oder Mathematik sein müssen,
2. drei Kursen der oberen Anspruchsebene im Durch-

gestrichen

Die Regelungen über den Erwerb der Abschlüsse werden in die Verordnungen über die Bildungsgänge (OberschulVO, usw.) aufgenommen.

Kapitel 3 Bildungsgänge der Sekundarstufe II und der Schule für Erwachsene, die zur allgemeinen Hochschulreife führen

§ 23 Bildungsgänge der Sekundarstufe II und der Schule für Erwachsene, die zur allgemeinen Hochschulreife führen

(1) In den Schularten der Sekundarstufe II und in den Bildungsgängen der Schule für Erwachsene, die zur allgemeinen Hochschulreife führen, erhalten die Schülerinnen und Schüler halbjährlich ein Zeugnis. Dieses Zeugnis enthält die Zusammenstellung der Unterrichtsfächer, wird Unterricht in Kursen organisiert, die der belegten Kurse sowie die in Punkten ausgewiesene Bewertung der in den Fächern oder Kursen erbrachten Leistungen. § 3 gilt entsprechend.

Der Bewertung wird der Bewertungsmaßstab des § 5 Abs. 1 nach folgender Tabelle zugrunde gelegt:

Note	Punkte (je nach Notentendenz)
sehr gut (1)	15
	14
	13
gut (2)	12
	11
	10
befriedigend (3)	9
	8
	7
ausreichend (4)	6
	5
	4
mangelhaft (5)	3
	2
	1

Kapitel 3 Bildungsgänge der Sekundarstufe II und der Schule für Erwachsene, die zur Allgemeinen Hochschulreife führen

§ 21 Bildungsgänge der Sekundarstufe II und der Schule für Erwachsene, die zur Allgemeinen Hochschulreife führen

(1) In den Schularten der Sekundarstufe II und in den Bildungsgängen der Schule für Erwachsene, die zur Allgemeinen Hochschulreife führen, erhalten die Schülerinnen und Schüler halbjährlich ein Zeugnis. Dieses Zeugnis enthält die Zusammenstellung der Unterrichtsfächer, wird Unterricht in Kursen organisiert, die der belegten Kurse sowie die in Punkten ausgewiesene Bewertung der in den Fächern oder Kursen erbrachten Leistungen. § 3 gilt entsprechend.

Der Bewertung wird der Bewertungsmaßstab des § 5 Absatz 1 wie folgt zugrunde gelegt:

Die Note „sehr gut“ (1) entspricht je nach Notentendenz den Punkten 13 bis 15, die Note „gut“ (2) den Punkten 10 bis 12, die Note „befriedigend“ (3) den Punkten 7 bis 9, die Note „ausreichend“ (4) den Punkten 4 bis 6, die Note „mangelhaft“ (5) den Punkten 1 bis 3 und die Note „ungenügend“ (6) 0 Punkten.

(2) § 12 Absatz 1, 2, und 4, § 6 Absatz 1 und 4 sowie § 16 Absatz 2 finden keine Anwendung. §§ 8 und 16 Absatz 3 und 4 finden in der Qualifikationsphase keine Anwendung. § 19 gilt für die Einführungsphase entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Klassenkonferenz die Zeugniskonferenz nach Absatz 4 und an die Stelle der Erziehungsberechtigten der Schüler oder die Schülerin tritt; die Erziehungsberechtigten sind zu informieren.

(3) Abweichend von § 16 Absatz 4 weist das Ab

Änderung der Darstellung zur Herstellung der Barrierefreiheit von Normen.

Abweichend von § 8 Abs. 1 erhalten die Schülerinnen und Schüler in der Qualifikationsphase ein Zeugnis über die Leistungen im abgelaufenen Schulhalbjahr.

Kapitel 4 Sonderschule	gestrichen	
<p>§ 24 Allgemeines</p> <p>Soweit in Sonderschulen nach den Lehrplänen der allgemeinen Schulen unterrichtet wird, werden Zeugnisse oder Lernentwicklungsberichte nach den für diese Bildungsgänge geltenden Bestimmungen erteilt.</p>		Wird in § 27 (neu) geregelt.
<p>§ 25 Schule für Lernbehinderte und Schule für Entwicklungsgestörte</p> <p>(1) In der Schule für Lernbehinderte werden bis zur Jahrgangsstufe 4 Lernentwicklungsberichte erteilt; die Bestimmungen des § 18 gelten entsprechend.</p> <p>(2) In der Schule für Lernbehinderte und in der Schule für Entwicklungsgestörte können auf Beschluss der Schulkonferenz auch noch in der Jahrgangsstufe 9 Lernentwicklungsberichte erteilt werden. Auf Wunsch des Schülers oder der Schülerin wird ihm oder ihr dann ein Zeugnis erteilt.</p>	gestrichen	
<p>§ 26 Schule für geistig Behinderte; autistische Kinder</p> <p>(1) In der Schule für geistig Behinderte werden Lernentwicklungsberichte erteilt.</p> <p>(2) Für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 gelten die Bestimmungen des § 18 entsprechend.</p> <p>(3) Am Ende des Bildungsganges erhält der Schüler oder die Schülerin ein abschließendes Zeugnis.</p> <p>(4) Diese Regelungen gelten für Gruppen der Schüler und Schülerinnen mit autistischem Verhalten entsprechend.</p>	gestrichen	

<p>Kapitel 5 Abendhauptschule und Abendrealschule</p> <p>§ 27 Abendhauptschule und Abendrealschule (1) In der Abendhauptschule und in der Abendrealschule erhalten die Schülerinnen und Schüler halbjährlich ein Zeugnis. (2) In der Abendhauptschule mit einjährigem Bildungsgang wird der erweiterte Hauptschulabschluss mit dem Abschlusszeugnis erworben. (3) In der Abendhauptschule mit eineinhalbjährigem Bildungsgang wird der Hauptschulabschluss mit dem Versetzungszeugnis am Ende des zweiten Schulhalbjahrs, der erweiterte Hauptschulabschluss mit dem Abschlusszeugnis erworben.</p>	<p>Kapitel 4 Schule für Erwachsene</p> <p>§ 22 Erweiterte Berufsbildungsreife und Mittlerer Schulabschluss Abweichend von § 8 Absatz 1 erhalten die Schülerinnen und Schüler in den Bildungsgängen, die in der Schule für Erwachsene zum Erwerb der Erweiterten Berufsbildungsreife und zum Mittleren Schulabschluss führen, halbjährlich ein Zeugnis.</p>	
<p>Kapitel 6 Berufliche Schulen</p>	<p>Kapitel 5 Berufliche Bildungsgänge</p> <p>§ 23 Form der Beurteilung In den Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen dürfen zum Schuljahresende keine Lernentwicklungsberichte erteilt werden; die §§ 25 und 26 bleiben unberührt.</p>	
<p>§ 27a Bildungsgänge mit Pflichtpraktika Sind in beruflichen Vollzeitbildungsgängen Pflichtpraktika Teil der schulischen Ausbildung, ist das Ziel des Bildungsganges nur erreicht, wenn das jeweilige Praktikum erfolgreich beendet wurde. Voraussetzung hierfür ist, dass die Schülerin oder der Schüler mindestens 75 vom Hundert der jeweiligen Dauer des Praktikums abgeleistet und die Bewertung „mit Erfolg teilgenommen“ erhalten hat.</p>	<p>§ 24 Bildungsgänge mit Pflichtpraktika Sind in beruflichen Bildungsgängen Pflichtpraktika Teil der schulischen Ausbildung, ist das Ziel des Bildungsganges nur erreicht, wenn das jeweilige Praktikum erfolgreich beendet wurde. Voraussetzung hierfür ist, dass die Schülerin oder der Schüler mindestens 75 vom Hundert der jeweiligen Dauer des Praktikums abgeleistet und die Bewertung „mit Erfolg teilgenommen“ erhalten hat.</p>	

<p>§ 28 Ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge In den ausbildungsvorbereitenden Bildungsgängen richtet sich die Zeugniserteilung nach den Bestimmungen der Verordnung über ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge im Lande Bremen, soweit sie von dieser Zeugnisordnung abweichen.</p>	gestrichen	Überflüssige Regelung da „lex specialis derogat legi generali“ gilt.
---	------------	--

<p>§ 29 Berufsschule</p> <p>(1) In der Berufsschule erhalten die Schüler und Schülerinnen erst am Ende des ersten Schuljahres ein Zeugnis, es sei denn, die Schulkonferenz beschließt im Sinne von § 8 Abs. 2.</p> <p>(2) Die Schüler und Schülerinnen erhalten am Ende eines jeden Schuljahres ein Zeugnis mit dem Vermerk „Ziel des Schuljahres erreicht“ oder „Ziel des Schuljahres nicht erreicht“. Das Ziel eines Schuljahres ist erreicht, wenn die Leistungen in allen Fächern mit mindestens „ausreichend“ bewertet werden oder in nicht mehr als einem Fach „mangelhaft“ sind. Der Vermerk „nicht beurteilbar“ wird bei der Entscheidung, ob das Ziel erreicht ist, wie die Note „mangelhaft“ behandelt.</p> <p>(3) Schülerinnen und Schüler, die sich in einer nach der Ausbildungsverordnung auf mindestens zwei Jahre festgelegten Berufsausbildung befinden, erhalten durch Beschluss der Zeugniskonferenz ein Abschlusszeugnis, wenn sie das Ziel des letzten Schuljahres vor der außerschulischen Prüfung erreicht haben. Schuljahr in diesem Sinne ist der Zeitraum zwischen dem letzten Zeugnis und dem Abschluss der außerschulischen Prüfung.</p> <p>(4) § 12 Abs. 5 gilt auch für Abschlusszeugnisse und Abgangszeugnisse der Berufsschule. § 15 Abs. 1 findet keine Anwendung.</p>	<p>§ 25 Berufsschule</p> <p>(1) In der Berufsschule erhalten die Schüler und Schülerinnen erst am Ende des ersten Schuljahres ein Zeugnis, es sei denn, die Schulkonferenz beschließt im Sinne von § 8 Absatz 2.</p> <p>(2) Die Schüler und Schülerinnen erhalten am Ende eines jeden Schuljahres ein Zeugnis mit dem Vermerk „Ziel des Schuljahres erreicht“ oder „Ziel des Schuljahres nicht erreicht“. Das Ziel eines Schuljahres ist erreicht, wenn die Leistungen in allen Fächern mit mindestens „ausreichend“ bewertet werden oder in nicht mehr als einem Fach „mangelhaft“ sind. Der Vermerk „nicht beurteilbar“ wird bei der Entscheidung, ob das Ziel erreicht ist, wie die Note „mangelhaft“ behandelt.</p> <p>(3) Schülerinnen und Schüler, die sich in einer nach der Ausbildungsverordnung auf mindestens zwei Jahre festgelegten Berufsausbildung befinden, erhalten durch Beschluss der Zeugniskonferenz ein Abschlusszeugnis, wenn sie das Ziel des letzten Schuljahres vor der außerschulischen Prüfung erreicht haben. Schuljahr in diesem Sinne ist der Zeitraum zwischen dem letzten Zeugnis und dem Abschluss der außerschulischen Prüfung. Findet die außerschulische Prüfung im ersten Schulhalbjahr statt, so werden die Leistungsbeurteilungen des vorangegangenen Schuljahres in die Beurteilung einbezogen.</p> <p>(4) § 15 Absatz 1 findet keine Anwendung.</p>	<p>Satz 1 ist überflüssig. Nur ausdrücklich Ausgenommenes gilt nicht.</p>
--	--	---

<p>§ 30 Berufsfachschule</p> <p>(1) Im zweijährigen Bildungsgang Berufseingangsstufe/ Berufsfachschule erhalten die Schüler und Schülerinnen erst am Ende des ersten Schuljahres ein Zeugnis oder, je nach Beschluss der Schulkonferenz, einen Lernentwicklungsbericht. Am Ende des zweiten Jahres ist ein Abschlusszeugnis zu erteilen, wenn das Ziel des Bildungsganges erreicht ist. Ist das Ziel nicht erreicht und wird der Bildungsgang verlassen, ist ein Abgangszeugnis auszustellen.</p> <p>(2) Wird die Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluss nach § 26 Abs. 3 des Bremischen Schulgesetzes mit einer außerschulischen Prüfung abgeschlossen, enthält das Abschlusszeugnis oder das Abgangszeugnis die Noten der schulischen Leistungen nach § 16 Abs. 3 sowie das Ergebnis der außerschulischen Prüfung.</p> <p>(3) Wird an Berufsfachschulen ein Abschnitt des Bildungsganges mit einer Prüfung abgeschlossen, erhält der Schüler oder die Schülerin statt eines Zeugnisses mit Versetzungsvermerk ein Prüfungszeugnis.</p>	<p>§ 26 Berufsfachschule</p> <p>Wird die Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluss nach § 26 Absatz 2 des Bremischen Schulgesetzes mit einer außerschulischen Prüfung abgeschlossen, enthält das Abschlusszeugnis oder das Abgangszeugnis die Noten der schulischen Leistungen nach § 16 Absatz 3 sowie das Ergebnis der außerschulischen Prüfung.</p>	<p>Der bisherige Abs. 2 galt für die nicht mehr angebotene BFS Kinderpflege.</p>
<p>Teil 4 Besondere Vorschriften für einzelne Fächer und für einzelne Schülergruppen</p>	<p>Teil 4 Weitere Regelungen</p>	
<p>§ 31 Biblische Geschichte, Philosophie, Islamkunde</p> <p>Die Leistungen in den Fächern Biblische Geschichte, Philosophie und Islamkunde werden beurteilt. Dies gilt auch, wenn die Fächer dem Wahlbereich zugeordnet sind.</p>	<p>gestrichen</p>	<p>Eine Sonderregelung für Biblische Geschichte, Philosophie, Islamkunde ist überflüssig.</p>

<p>§ 32 Behinderte Schülerinnen und Schüler in allgemeinen Schulen</p> <p>(1) Behinderte Schülerinnen und Schüler der Primarstufe und der Sekundarstufe I, die den Bildungsgängen L (lernbehindert) oder G (geistigbehindert) zugeordnet sind und in der allgemeinen Schule unterrichtet werden, erhalten Zeugnisse oder Lernentwicklungsberichte der allgemeinen Schulen unter Berücksichtigung der Bestimmungen für die jeweilige Sonderschule. Das Zeugnis oder der Lernentwicklungsbericht muss ausweisen, welchem Bildungsgang der Sonderschule der Schüler oder die Schülerin zugeordnet ist.</p> <p>(2) Schülerinnen und Schüler der Grundschule mit ausgewiesenem sonderpädagogischen Förderbedarf für die Bereiche Lernen, Sprache und Entwicklung, die nicht in den Bildungsgang für Lernbehinderte überwiesen wurden, können in Fällen, in denen nicht erwartet werden kann, dass sie den Leistungsstand der jeweiligen Klasse der allgemeinen Schule erreichen werden, über die Jahrgangsstufe 3 hinaus auf Beschluss der Klassenkonferenz Lernentwicklungsberichte ohne verbal gefasste Benotung erhalten. Der Beschluss ist zu begründen. Die Begründung ist den Erziehungsberechtigten mitzuteilen und der Schülerakte beizufügen. Dem jeweiligen Lernentwicklungsbericht muss zu entnehmen sein, inwieweit der Leistungsstand der jeweiligen Klasse der allgemeinen Schule nicht erreicht worden ist.</p>	<p>§ 27 Zielgleicher und zieldifferenter Unterricht</p> <p>(1) Soweit Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zielgleich unterrichtet werden, werden die Zeugnisse oder Lernentwicklungsberichte in diesen Fächern nach den allgemein geltenden Bestimmungen erteilt.</p> <p>(2) In den zieldifferent unterrichteten Fächern werden die individuell erreichten Kompetenzen durch freien Text erläutert.</p> <p>(3) Ob zielgleich oder zieldifferent unterrichtet wird, entscheidet die Zeugniskonferenz.</p> <p>(4) Der Förderbedarf wird im Abgangszeugnis ausgewiesen.</p>	<p>Im Zuge der Inklusionsentscheidung des Gesetzgebers sind für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sachgerechte Regelungen für die Wiedergabe des individuellen Leistungsstandes zu suchen. Es entspricht dem Grundgedanken der Inklusion alle Schülerinnen und Schüler nach gleichen Maßstäben und soweit es geht zielgleich zu unterrichten und zu bewerten. Dort wo Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zieldifferent unterrichtet werden, muss aber eine Form der Darstellung gewählt werden, die sie nicht beschämt. Diese Form kann nur durch einen freien Text gefunden werden.</p> <p>Da an die festgestellten Förderbedarfe weitergehende Sozialleistungsansprüche geknüpft sind, ist die Angabe im Abgangszeugnis erforderlich.</p> <p>Ob zielgleich oder zieldifferent unterrichtet wird, ist nicht in der Zeugnisordnung sondern in den Bildungsgang-VO oder in der VUP zu regeln.</p>
--	---	---

§ 33 Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache

(1) Bei der Leistungsbeurteilung für Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache sollen in allen Fächern sprachlich bedingte Erschwernisse angemessen berücksichtigt werden.

(2) Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache an allgemeinbildenden Schulen, die in ihrer überwiegenden Unterrichtszeit einem Vorbereitungskurs, einer Vorbereitungsklasse oder einer vergleichbaren Fördermaßnahme zugeordnet sind, erhalten in den Fällen, in denen Zeugnisse erteilt werden, längstens für die Dauer von zwei Jahren ein von der Regelform abweichendes Zeugnis. In Ausnahmefällen kann auf Beschluss der Zeugniskonferenz die Frist um ein Jahr verlängert werden. Ein Zeugnis enthält die Beurteilung der Lernentwicklung in der deutschen Sprache sowie ergänzende Aussagen zur Entwicklung des Lern- und Arbeitsverhaltens. § 4 Abs. 3 gilt entsprechend. Die Leistungen in den übrigen Fächern, insbesondere in der ersten Fremdsprache, werden benotet, wenn dies pädagogisch sinnvoll ist. Die Entscheidung trifft die Zeugniskonferenz.

(3) Für Schülerinnen und Schüler, die erstmals

1. ab Jahrgangsstufe 7 in eine deutsche Schule aufgenommen werden, kann an die Stelle der Note in der ersten Fremdsprache am Ende der 10. Jahrgangsstufe die Note in der Herkunftssprache treten;
2. ab Jahrgangsstufe 5 in eine deutsche Schule aufgenommen werden, kann an die Stelle der Beurteilung in der zweiten Fremdsprache die Beurteilung in der Herkunftssprache treten.

(4) Bei Schülerinnen und Schülern, die einen Brückenkurs oder einen ausbildungsvorbereitenden Bildungsgang mit Sprachförderung besuchen, werden die Lernfortschritte in einzelnen Fächern, in denen eine Benotung aufgrund fehlender oder nicht ausreichender Sprachkenntnisse

§ 28 Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache

(1) Bei der Leistungsbeurteilung für Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache sollen in allen Fächern sprachlich bedingte Erschwernisse angemessen berücksichtigt werden.

(2) Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache an allgemeinbildenden Schulen, die in ihrer überwiegenden Unterrichtszeit einem Vorbereitungskurs, einer Vorbereitungsklasse oder einer vergleichbaren Fördermaßnahme zugeordnet sind, erhalten in den Fällen, in denen Zeugnisse erteilt werden, längstens für die Dauer von zwei Jahren ein von der Regelform abweichendes Zeugnis. In Ausnahmefällen kann auf Beschluss der Zeugniskonferenz die Frist um ein Jahr verlängert werden. Ein Zeugnis enthält die Beurteilung der Lernentwicklung in der deutschen Sprache sowie ergänzende Aussagen zur Entwicklung des Lern- und Arbeitsverhaltens. § 4 Absatz 3 gilt entsprechend. Die Leistungen in den übrigen Fächern, insbesondere in der ersten Fremdsprache, werden benotet, wenn dies pädagogisch sinnvoll ist. Die Entscheidung trifft die Zeugniskonferenz.

(3) Für Schülerinnen und Schüler, die erstmals

1. ab Jahrgangsstufe 7 in eine deutsche Schule aufgenommen werden, kann an die Stelle der Note in der ersten Fremdsprache am Ende der am Ende der Sekundarstufe I die Note in der Herkunftssprache treten;
2. ab Jahrgangsstufe 5 in eine deutsche Schule aufgenommen werden, kann an die Stelle der Beurteilung in der zweiten Fremdsprache die Beurteilung in der Herkunftssprache treten.

(4) Bei Schülerinnen und Schülern, die einen ausbildungsvorbereitenden Bildungsgang mit Sprachförderung besuchen, werden die Lernfortschritte in einzelnen Fächern, in denen eine Benotung aufgrund fehlender oder nicht ausreichender Sprachkenntnisse

Der bisher erwähnte Brückenkurs ist ebenfalls ein ausbildungsvorbereitender Bildungsgang. Der Begriff kann als Doppelung daher gestrichen werden.

§ 29 Zuerkennung von Abschlüssen

(1) Ein Schüler oder eine Schülerin erhält beim Verlassen des Bildungsganges eine Bescheinigung über die Zuerkennung oder einen Zuerkennungsvermerk in das letzte Zeugnis, das nach den Bestimmungen der jeweiligen Bildungsgangsverordnung einen zusätzlichen Abschluss einschließt, sofern er oder sie nicht bereits diesen oder einen höherwertigen Abschluss oder in einem anderen Zeugnis einen entsprechenden Zuerkennungsvermerk besitzt.

(2) Hat ein Schüler oder eine Schülerin wegen Vorrückens in die nächsthöhere Jahrgangsstufe oder wegen Überführens in eine andere Schulart kein Zeugnis erhalten, das nach den Bestimmungen der jeweiligen Bildungsgangsverordnung einen zusätzlichen Abschluss einschließt, erhält unter den Voraussetzungen von Absatz 1 das nächste zum Schuljahresende erteilte Zeugnis den Zuerkennungsvermerk, sofern es nicht ohne Zuerkennungsvermerk den entsprechenden Abschluss unmittelbar umfasst.

(3) Über die nachträgliche Zuerkennung eines Abschlusses für ein Zeugnis entscheidet die Schule, die das Zeugnis ausgestellt hat, sofern das Zeugnis laut Datum der Beschlussfassung nicht älter als drei Jahre ist; bei älteren Zeugnissen entscheidet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Sind zusätzliche oder besondere Bedingungen Voraussetzung für eine Zuerkennung, müssen sie vor der Zeugniserteilung erfüllt sein. Die Entscheidung soll sich im Übrigen daran orientieren, ob das Zeugnis einen Bildungsstand aufweist, der dem entspricht, den ein zur gleichen Zeit erworbenes Zeugnis der anderen Schulart ausweist.

(4) Die Zuerkennung der Fachhochschulreife wird vom Praktikantenamt der Fachoberschulen der Stadtgemeinde Bremen oder vom Praktikantenamt der Fachoberschulen der Stadtgemeinde Bremerhaven

Übernahme von Bestimmungen aus der bisherigen Zuerkennungsverordnung, die im Übrigen, insbesondere bzgl. der inhaltlichen Anforderungen (aus deren Anlage) in den jeweiligen Bildungsgangsverordnungen aufgeht.

Die Zuerkennung wird

im Interesse der Schüler in der Praxis nicht auf dem Abgangszeugnis selbst, sondern auf einer gesonderten Bescheinigung vorgenommen.

Für den schulischen Teil der Fachhochschulreife in den Bildungsgängen der GyO wird eine **Bescheinigung** (KMK-Beschluss Musterbescheinigung für

Fachhochschulreifen) ausgestellt. Es erfolgt kein Zu-

	<p>§ 30 Zeugnisse öffentlicher Schulen außerhalb des Landes Bremen</p> <p>(1) Sofern in Zeugnissen öffentlicher Schulen anderer Länder der Bundesrepublik Deutschland Berechtigungen ausgewiesen sind, gelten diese in Bremen unmittelbar. Sie gelten nicht, wenn der Inhalt der Zeugnisse erheblich von den Anforderungen abweicht, die in Bremen an diejenigen Zeugnisse gestellt werden, die dieselben Berechtigungen verleihen.</p> <p>(2) Über die Zuerkennung von Berechtigungen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erworbener Zeugnisse entscheidet <u>die Senatorin für Bildung und Wissenschaft</u> im Einzelfall.</p>	
<p>§ 33 a Übergangsbestimmungen</p> <p>§ 23 in der am 1. August 2008 vorgeschriebenen Fassung gilt bis zum 31. Juli 2009 nur in Schulen, die von § 9 Abs. 6 der Verordnung zur Regelung der Gymnasialen Oberstufe in der bis zum 31. Juli 2008 geltenden Fassung Gebrauch machen. Für alle anderen Gymnasialen Oberstufen gilt § 23 in der bis zum 31. Juli 2008 wirksamen Fassung weiter bis zum 31. Juli 2009.</p>	<p>§ 31 Übergangsbestimmungen</p> <p>§ 7 Absatz 2 gilt erst ab dem 1. August 2014.</p>	
<p>Teil 5 Schlussbestimmungen</p> <p>§ 34 Inkrafttreten</p> <p>...</p> <p>Der Senator für Bildung und Wissenschaft</p> <p>Die Änderungen gemäß der Änderungsverordnung vom 15. Juni 2008 werden wie folgt wirksam:</p> <p>Mit Ausnahme von § 4 Abs. 1, § 23 und § 33a treten die Änderungen mit Wirkung vom 1. Februar 2008 in Kraft. Die Ausnahmen treten mit Wirkung vom 1. August 2008 in Kraft.</p>	<p>Teil 5 Schlussbestimmungen</p> <p>§ 32 Inkrafttreten</p> <p>Diese Verordnung tritt am 1. August 2013 in Kraft.</p>	

